

**Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der/des** : **PARTEI/Volt-Ratsgruppe**

**für die Sitzung des Rates** : **18.11.2022**

**THEMA** : **Räumung der besetzten ehemaligen JVA am Waageplatz**

**Antwort erteilt** : **Die Oberbürgermeisterin**

**zu 1.:**

**Wie hoch waren die Kosten für die Räumung inkl. Personalkosten und Schichtzulagen? Aus welchem Topf werden diese Kosten im Einzelnen finanziert?**

Die Räumung wurde durch die Polizei im Rahmen des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz veranlasst. Der Stadtverwaltung sind durch die Räumung keine Kosten entstanden.

**zu 2.:**

**Welche Alternativen hätte es aus Sicht der Stadtverwaltung zur Räumung gegeben?**

- a. Die Aktivist\*innen hätten das persönlich vorgetragene Angebot der Oberbürgermeisterin vom Dienstag, den 04. Oktober 2022 annehmen können, bei Verlassen des Gebäudes bis Donnerstag, den 06. Oktober 2022, 10 Uhr die rechtswidrige Situation ohne die Aufnahme der Personalien durch die Polizei und strafrechtliche Konsequenzen zu beenden.
- b. Die Aktivist\*innen hätten das persönlich vorgetragene Angebot des Baudezernenten vom Donnerstag, den 06. Oktober 2022 annehmen können, bei Verlassen des Gebäudes bis Donnerstag, den 06. Oktober 2022, 11 Uhr die rechtswidrige Situation ohne die Aufnahme der Personalien durch die Polizei und strafrechtliche Konsequenzen zu beenden.
- c. Die Aktivist\*innen hätten das Gebäude nach Dialog und späterer Aufforderung der Polizei freiwillig und ohne Räumungsaktivitäten der Polizei verlassen können.

**zu 3.:**

**Wie kam es zu der Entscheidung, dass diese Anzahl von Beamt\*innen notwendig sein würde?**

Dazu kann seitens der Stadtverwaltung keine Aussage getroffen werden. Die Räumung wurde durch die Polizei im Rahmen des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz veranlasst. Die Durchführung polizeilicher Maßnahmen obliegt der Einsatzleitung der Polizei.

**zu 4.:**

**Warum sind bei der ersten Hausdurchsuchung Aktivist\*innen übersehen worden.**

Dazu kann seitens der Stadtverwaltung keine Aussage getroffen werden. Die Räumung wurde durch die Polizei im Rahmen des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz veranlasst. Die Durchführung polizeilicher Maßnahmen obliegt der Einsatzleitung der Polizei.

**zu 5.:**

**Hat es schon Konsequenzen für den Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende gegeben?  
Und wenn ja: welche?**

Der in dieser Fragestellung implizierte Vorwurf unangemessener, disziplinarisch/strafrechtlich zu verfolgender Gewalt von Einsatzkräften gegen Aktivist\*innen kann durch die Stadtverwaltung nicht bestätigt werden. Etwaige, disziplinarisch/strafrechtlich zu verfolgende Vorgänge liegen allerdings auch nicht in der Verantwortung der Stadtverwaltung, sondern der Polizei übergeordneten Behörde bzw. der Staatsanwaltschaft.



**Eing. 03.11.2022**

PARTEI und Volt –Ratsgruppe  
Büroleitung: Lisa Balkenhol

Hiroshimaplatz 1 – 4  
37083 Göttingen,  
☐ 0551 400 3077,  
☐ [parteivolt-  
ratsgruppe@goettingen.de](mailto:parteivolt-ratsgruppe@goettingen.de)

**fd.: OB/Ref 01**

Göttingen, 03.11.2022

Anfrage für die Sitzung des Rates am 18.11.2022

**Räumung der besetzten ehemaligen JVA am Waageplatz**

Am 6.10.22 wurde die ehemalige JVA, die seit ca. einer Woche von Demonstrant\*innen besetzt worden war, geräumt.

Wir fragen hierzu die Verwaltung:

1. Wie hoch waren die Kosten für die Räumung inkl. Personalkosten und Schichtzulagen? Aus welchem Topf werden diese Kosten im Einzelnen finanziert?
2. Welche Alternativen hätte es aus Sicht der Stadtverwaltung zur Räumung gegeben?
3. Wie kam es zu der Entscheidung, dass diese Anzahl von Beamt\*innen notwendig sein würde?
4. Warum sind bei der ersten Hausdurchsuchung Aktivist\*innen übersehen worden.
5. Hat es schon Konsequenzen für den Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende gegeben? Und wenn ja: welche?

Begründung:

Die Besetzung der ehemaligen JVA war aufgrund des Vorgehens der Verwaltung rund um den geplanten Verkauf absehbar. Insbesondere die Intransparenz und die in einem nichtöffentlichen Gremium gefasste Entscheidung zum Verkauf des Gebäudes an die Trafo Hub wurde von den Aktivist\*innen aber auch von Seiten der Politik stark kritisiert.

Aus Sicht der Ratsgruppe war die Besetzung eine zweite Chance auf einen Dialog mit den Aktivist\*innen und den Anwohner\*innen vor Ort, um ggf. noch zu einer besseren, sozialverträglicheren Lösung zu kommen. Diese wurde nun leider erneut vertan und stattdessen auf eine kostenintensive Zwangsmaßnahme gesetzt.

**erforderliche Unterschriften lagen vor**

